

Wie weiter?

Deliberation: Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen

Mareike Blum, Arwen Colell und Katja Treichel

Einleitung

Die Gesellschaft steht angesichts kumulierender Krisen vor neuartigen Herausforderungen. Es sind Krisen, die sich wechselseitig verstärken – wie die Corona-Pandemie, wachsende soziale Ungleichheiten, der Krieg in der Ukraine, die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von fossilen Energieträgern, der Klimawandel und der Verlust von Biodiversität. Verpasste Gelegenheiten, langfristig effektive und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, wirken wie ein Brennglas für die Kumulation dieser Krisen. Zwar machen diese Krisen deutlich, dass synergetisch gedachte Ansätze breitenwirksame Lösungen entfalten können: der Umstieg auf erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, die Reduktion von fossilen Abhängigkeiten. Sie zeigen aber auch, dass sich Maßnahmen über verschiedene Disziplinen und Politikfelder erstrecken müssen und konfrontieren Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit komplexen Abstimmungs-, Regulierungs- und Koordinierungsproblemen (vgl. Freudl/Haus/Straßheim 2021), denen gleichermaßen nur durch neue Formen der Wissensgenerierung begegnet werden kann.

Evidenzbasierte und gemeinwohlorientierte Beratschlagung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren – und eben nicht allein durch Expert:innen – wird damit wichtiger denn je, um Lösungsoptionen und deren Auswirkungen aufzuzeigen und gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Denn oftmals ist das Orientierungswissen von spezialisierten Expert:innen kaum in gesellschaftliche Wertevorstellungen und Überzeugungen eingebettet (vgl. Fischer 2009, Jasanoff 2016). Dieses Defizit an gesellschaftlicher Rückbindung mündet zu oft in der Frage: »Wie viel Wandel können wir dem Volk zumuten?« Es dominiert die Prämisse der (fehlenden) empirischen Akzeptanz für eine tiefgreifende Transformation. In dem daraus resultierenden engen Rahmen des (vermeintlich) *politisch Machbaren* richten Expert:innen Lösungsvorschläge an Politik und Gesellschaft, die oftmals von technischen oder Status quo-orientierten Annahmen ausgehen. Die Einbindung der Gesellschaft erfolgt dann typischerweise im Sinne

einer unidirektionalen, akzeptanzorientierten Kommunikation statt in einem wechselseitigen oder gar gesamtgesellschaftlichen Lernprozess (Kowarsch et al. 2016).

Nebenwirkungen dieser bisweilen technokratischen Politikprozesse sind ein wachsender Unmut vieler Menschen über eine scheinbar vielerorts von Partikularinteressen stark beeinflusste Politik und die mangelnden Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitgestaltung der Lösungswege. Dies erschwert nicht nur die Verhandlung über wichtige Klimaschutzmaßnahmen, es erodiert langfristig auch das Vertrauen in die repräsentative Demokratie (vgl. Bertelsmann Stiftung 2022: 7). Das Argument, Gewählte in den demokratischen Institutionen sorgten doch über den argumentativen Austausch für die Ermittlung gemeinwohlorientierter Maßnahmen, verblasst häufig vor dem Hintergrund des Einflusses von Wirtschaftsinteressen und machtzentrierter Debatten. Oft werden politische Repräsentant:innen deshalb als elitär und *weit weg* von den Problemen der Menschen wahrgenommen, so dass der Output ihrer Entscheidungen eher Misstrauen bei den Bürger:innen hervorruft, als dass der Eindruck von politischer Chancengleichheit und Gerechtigkeit entstände (vgl. Schwan 2015). Wie kann vor diesem Hintergrund eine ambitioniertere und zugleich demokratischere Politik aussehen?

Dieses Kapitel schlägt deliberative Methoden als eine leistungsfähige und innovative Art der Beratschlagung vor, im Rahmen derer Lösungsoptionen für gesellschaftliche Herausforderungen vor dem Hintergrund konfligierender Wertvorstellungen gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteuren und/oder Bürger:innen verhandelt werden. Wir argumentieren mit zwei zentralen Vorteilen. Erstens reflektieren gemeinschaftliche Lösungen, die deliberativ entwickelt werden, eine Vielzahl von Interessen, über die mittels transparentem Austausch von Argumenten und Werten eine Verständigung ermöglicht wird. Dieser Prozess wird dadurch gestärkt, dass Beteiligte in der Regel das eigene Interesse zurückstellen, wenn die eigene Position vorgetragen und innerhalb der Deliberation berücksichtigt werden konnte. Werden deliberative Methoden konsequent und auf vielen Ebenen angewandt – so der zweite Vorteil – entstehen resilientere Gesellschaftsstrukturen, die auf erfolgreiche Verhandlungserfahrungen zurückgreifen können, wenn sie vor neue Herausforderungen gestellt werden. Letzteres kommt auch zustande, da durch die Vielfalt an Perspektiven neues Wissen in Beratungsprozesse gelangt, welches nicht nur additiv, sondern auch multiplikativ und innovativ wirkt. Vermichtlich langwierige Beteiligungs- oder Beratungsprozesse tragen so das Potenzial, langfristig effektive Lösungen vorzubereiten, die schnell umgesetzt werden können im Vergleich zu technokratisch entwickelten Lösungen, die gesellschaftlich weder reflektiert noch mitgetragen werden.

Die hier präsentierten Deliberationsbeispiele befassen sich mit Transformationsprozessen in der Stadtentwicklung und Energiewende. Beide Themenfelder greifen konfliktreiche Transformationsprozesse moderner Gesellschaften auf, die sowohl Veränderungen an baulichen als auch an gesellschaftlichen Strukturen umfassen und Menschen in ihrer unmittelbaren Lebenswelt berühren. An diesen Beispielen lassen sich demokratietheoretische Fragen bearbeiten und die Innovationskraft von Gesellschaften – sowohl in technologischer als auch sozialer Hinsicht – beobachten. In diesem Beitrag werden deliberative Formate vor dem Hintergrund der Literatur zu deliberativen Praktiken sowie eigenen Erfahrungen der Autorinnen diskutiert. Es soll aufgezeigt werden, inwiefern deliberative Verfahren in unterschiedlichen Kontex-

ten zur politischen Steuerung sozio-technischer Transformationsprozesse beitragen können.

Deliberation als Methode

Deliberation beschreibt eine dialogische Form der Entscheidungsfindung, die sich durch »die argumentative Suche [...] von Gründen für und gegen Handlungsoptionen einer Gruppe« (Landwehr 2012: 360) auszeichnet. Dialogisch heißt, dass jede:r Teilnehmer:in gleichberechtigt an der Diskussion teilnehmen und sich zu Aussagen positionieren kann, z.B. durch Hinterfragen, Zustimmung oder Widersprechen (vgl. ebd.). Deliberation ist einerseits ein idealtypisches theoretisches Modell (vgl. Habermas 1992; Landwehr 2012), das sich andererseits als demokratische Praxis anwenden lässt.

Kenter, Reed und Fazey (2016) betonen zudem, dass sich durch Deliberation abstrakte Werte der Gruppenmitglieder im kommunikativen Austausch weiterentwickeln, was Verständigung und gegenseitiges Lernen ermöglicht. Deliberation kann demnach definiert werden als ein »gruppenbasierter Prozess der Beteiligung, des sozialen Austauschs, der Reflexion, des Lernens und der sinnvollen Debatte« (ebd.: 194). Verständigung und Perspektivenvielfalt sind daher wichtige Grundsätze deliberativer Verfahren, wobei deren Ziel nicht zwingend Konsens ist. Bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen sowie im Rahmen politischer Entscheidungsfindung treffen eine Vielzahl unterschiedlicher Sichtweisen, Werte und Normen aufeinander. Deliberation als Methode ermöglicht es, dieser Vielfalt in einem strukturierten Prozess einen kommunikativen Raum zu geben, um möglichst gemeinwohlorientierte Entscheidungen auszuarbeiten.

Das Konzept der Deliberation basiert u.a. auf der Diskurstheorie des Sozialphilosophen Jürgen Habermas (1981), der mit seinen Schriften sowohl theoretische als auch empirische akademische Diskussionen stark beeinflusste. John Dryzek und Simon Niemeyer verbinden mit ihrer empirischen Forschung zu deliberativen Methoden die deliberative Praxis mit der Weiterentwicklung theoretischer Debatten (vgl. Curato et al. 2017; Dryzek/Niemeyer 2019). Sie zeigen auf, dass Bürgerbeteiligungsverfahren ein hohes Potenzial haben, bestehende Institutionen (weiter) zu demokratisieren. Die Autoren beschreiben folglich nicht nur die Methoden eines deliberativen Austauschs, sondern gehen auch auf die institutionelle Verankerung und Anbindung ein (vgl. Landwehr 2012: 363).

Als Überbegriff für eine Vielzahl demokratischer Innovationen, die sich in der Umsetzung deliberativer Formate etabliert haben, dient der empirischen Deliberationsforschung der Begriff der »Mini-Publics«. Mini-Publics bezeichnen bspw. Konsensuskonferenzen, Planungszellen, Bürger:innenjürs oder Bürger:innenräte (vgl. Dryzek/Goodin 2006). Im Fokus zahlreicher empirischer Arbeiten stehen das Prozessdesign deliberativer Formate sowie mit Blick auf die Anforderungen an das Umfeld der Mini-Publics auch direkte Faktoren des Austauschs. Um einen möglichst freien und gleichberechtigten Austausch zu ermöglichen, betonen Curato et al. (2017) die Bedeutung der Auswahl von Teilnehmenden, unabhängiger Organisator:innen sowie der Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz. Die Auswahl der Teilnehmer:innen sollte demokratisch inklusiv erfolgen, das heißt jede Person, jedes Argument und jede Perspektive muss

idealerweise die Möglichkeit haben, gehört zu werden (vgl. Thompson/Gutsmann 2004, Landwehr 2012). In der Praxis gibt es unterschiedliche anerkannte Ansätze; je nach Format und Kontext der Deliberation kann dies zum Beispiel über eine zufallsbasierte Auswahl, eine Einladung an unterschiedliche Stakeholder-Gruppen, eine offene Veranstaltung für alle Interessierten oder eine Kombination dieser umgesetzt werden. Die jeweiligen Auswahlkriterien und -prozesse sollten transparent nachvollziehbar sein.

Für den Erfolg von deliberativen Formaten braucht es ferner ausgewogene Informationen zum aktuellen Stand des Wissens, die Möglichkeit, Rückfragen mit fachlichen Expert:innen zu klären, und eine erfahrene Moderation (vgl. Dryzek et al. 2019). Besonders zwei Dimensionen der machttheoretischen Debatten werden hierbei berührt: »coercive power«, also die Macht, andere durch die eigene Position zu dominieren, und »empowerment« im Sinne der Ermächtigung bzw. der gleichberechtigten Teilnahme aller Beteiligten (vgl. Curato et al. 2017). Als wesentliche Faktoren zur Eindämmung von »coercive power« werden dabei Prozess-Design und Moderation betont. Mini-Publics gelten dann als demokratisch legitim, da sie (im Kleinen) den Willen eines bestmöglich informierten Volkes repräsentieren (vgl. Dahl 2008: 342). Mini-publics erfordern ein Mindestmaß an soziokultureller Vielfalt. Daher werden die Teilnehmer:innen mittels einer zweistufigen Zufallsauswahl ausgewählt: im ersten Schritt durch zufällig generierte Telefonnummern oder über ein Losverfahren basierend auf den Daten von Melderegistern und im zweiten Schritt anhand soziodemografischer Kriterien wie Geschlecht, Alter und Bildungsgrad (Bertelsmann Stiftung 2017, Bürgerrat Demokratie 2022).

Normative Annahmen der Theorie um Deliberation finden ihre Entsprechung ebenfalls im Prozess-Design und in den Anforderungen an deliberative Methoden in der Praxis. Das meint vor allem die Habermas'sche Annahme, dass durch den gleichberechtigten argumentativen Austausch und mit der Vermutung der Vernunft der Beteiligten möglichst »gute«, gemeinwohlorientierte Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden können. Im Mittelpunkt deliberativer Prozesse steht daher die Überprüfung vorgebrachter Argumente. Die Begründung von Positionen sollte nach Habermas sowohl sachliche als auch ethische und moralische Aspekte umfassen. Weitreichende gesellschaftspolitische Fragen wie etwa der Klimaschutz und die Energiewende, zu denen es stark heterogene Wertvorstellungen gibt, können daher besonders von deliberativen Verfahren profitieren. Denn durch die gemeinsame Überprüfung der vorgebrachten und auch teilweise widersprüchlichen Argumente in einem Diskurs auf Augenhöhe wird ein Perspektivwechsel eingeübt, was zu einer Verständigung innerhalb einer Gruppe führen kann – bspw. über gemeinsam zu erreichende Ziele, über die Mittel, die angemessen für die Zielerreichung sind, sowie auch darüber, welche ethisch-politischen Probleme dabei berücksichtigt werden sollen und was aus moralischer Sicht richtig bzw. geboten ist (Vgl. Habermas 1994b: 197-201, zit. in Landwehr 2012). Deliberation bezieht demnach sowohl faktisches (Expert:innen-)Wissen als auch Erfahrungswissen aus den Lebenswelten von betroffenen Menschen sowie Werte und Ethik ein. Deliberation wirft daher zentrale, tiefgreifende Fragen auf: Wie wollen wir als Gesellschaft miteinander leben? Welche Auswirkungen hat unser politisches Handeln bzw. Nicht-Handeln und wie wünschenswert finden wir das (vgl. Landwehr 2012: 364)? Deliberation macht jedoch auch Angebote zur gemeinsamen Beantwortung dieser Fragen.

Fallstudien – Deliberation in der Praxis

Die folgenden vier Fallstudien beschreiben deliberative Verfahren in der praktischen Anwendung. Sie variieren dabei hinsichtlich verhandelter Themenfelder, Akteurskonstellationen, Zeiträumen der Umsetzung und Grade der Institutionalisierung. So wurden deliberative Prozesse in ländlichen Gemeinden, im urbanen Raum, auf der Landesebene und in der Wissenschaft in die Betrachtung inkludiert. Gemeinsam ist den Fällen jedoch die Verhandlung unterschiedlicher Lösungsoptionen zur Erreichung eines übergeordneten Ziels unter Beteiligung von Politik bzw. Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wobei es mithilfe deliberativer Formate gelungen ist, einen gemeinsamen Weg der Verständigung zur Umsetzung des benannten Ziels einzuschlagen.

Rostock: Deliberative Stadtplanung

Die Silhouette der Hansestadt Rostock ist geprägt von der bis heute erhaltenen Altstadt sowie der 1419 gegründeten Universität, aber auch von dem heute zweitgrößten deutschen Ostseehafen. Immer mehr Menschen aus der umliegenden Region zieht es in die Stadt, sodass der Bürgermeister den rund 200.000 Einwohner:innen 2018 vorschlug, die Stadtplanung für neu zu errichtenden Wohnraum gemeinsam zu verhandeln. Für den »Stadtdialog Zukunftsplan« wurden von der Stadtverwaltung im Auftrag der Lokalpolitik drei unterschiedliche Szenarien einer möglichen Bebauung entworfen. Wenn gleich der Umfang des veranschlagten Zubaus gleich blieb, wurden den Bürger:innen dabei drei unterschiedliche Vorschläge gemacht, um diesen Zubau entweder in Form drei neuer Stadtteile, durch einen neuen Stadtteil und mehrere kleinere Baugebiete oder aber ausschließlich durch viele kleine Bauvorhaben im gesamten Stadtgebiet zu realisieren. In zwei öffentlichen deliberativen Workshops wurden diese Szenarien diskutiert, wobei auch alternative Umsetzungsvorschläge entwickelt werden durften. Zu den im Rahmen der Workshops behandelten Fragen gehörten bspw.: »Welche Kriterien sollen für die bauliche Entwicklung gelten? Welche Vor- und Nachteile haben Nachverdichtung und die Erschließung neuer Baugebiete? Welche Relevanz besitzen bestimmte naturräumliche Strukturen, wie Gewässer, Grünflächen oder Moore und wie sollen sie genutzt werden?« (Rostock-Heute 2018). Die Teilnahme war nach Anmeldung möglich und es wurde aufgrund des großen Interesses ein zusätzlicher Termin eingerichtet. Im Vorfeld der Workshops wurden Informationen online bereitgestellt und Möglichkeiten zur Kommentierung eingeräumt. Im Rahmen einer Online-Umfrage konnte über die drei Szenarien abgestimmt werden. Vor Durchführung der beiden Workshops hatten so bereits 1.260 Bürger:innen online Kommentare abgegeben und die Szenarien bewertet. An sogenannten »Mitmachständen« wurden im Stadtgebiet außerdem persönlich vornehmlich informatorische Gesprächsangebote gemacht. Die Workshops wurden mit insgesamt rund 200 Teilnehmenden durchgeführt und durch einen Kommunikationsdienstleister im Auftrag des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft moderiert und dokumentiert.

Im Ergebnis entstand im Rahmen der Workshops ein Flächennutzungsplan, der die Maßgaben der politischen Entscheidungsträger:innen bezüglich des anvisierten Wachstums, die Perspektiven der Verwaltung zur Umsetzbarkeit sowie die Präferenzen

und Prioritäten der Bürger:innen widerspiegelt (vgl. Zukunftsplan Rostock o.J.). Nicht zuletzt aufgrund der starken Initiative des Bürgermeisters wurden auch in der Folge immer wieder Beteiligungsformate angeboten, bei denen die Bevölkerung die Planungen der Verwaltung kommentieren konnte. Die Stadtverwaltung formulierte bspw. im Anschluss an die Workshops neun Kernthesen, die die Kommentare und Bewertungen der Bürger:innen aufnahmen und gemeinsam mit den drei Szenarien in die weitere Entwicklung des Flächennutzungsplans eingingen. Diese Kernthesen wurden im Januar 2019 öffentlich präsentiert und kommentiert (vgl. Hansestadt Rostock 2019a). In einem Blogbeitrag zu lokalpolitischen Entwicklungen äußerten interviewte Anwohner:innen zu dieser Zeit allerdings auch Zweifel, inwiefern politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln an die von Bürger:innen formulierten Ansprüche gebunden seien (vgl. Rostock-Heute 2018), und auf der digitalen Informationsplattform zum Verlauf des Verfahrens finden sich keine klaren Angaben dazu, inwiefern Vorschläge der Bevölkerung aufgenommen oder zurückgewiesen wurden (vgl. Zukunftsplan Rostock o.J.). Im November 2019 wurden erneut in drei Foren Bürger:innen stadtteilspezifisch eingeladen, um für die jeweiligen Bezirke zu diskutieren, wie der weiterentwickelte Flächennutzungsplan vor Ort konkret umgesetzt und ggfs. noch erweitert werden könnte. Insgesamt beteiligten sich rund 235 Bürger:innen; in jedem der Foren waren ferner etwa 15 Vertreter:innen der Stadtverwaltung anwesend. Die Foren wurden durch eine externe Moderatorin geleitet. Die Ergebnisse wurden protokolliert und online veröffentlicht (vgl. Hansestadt Rostock 2019b/c/d).

Samsö: Deliberativer Energiesystemwandel

Die dänische Insel Samsö liegt im Kattegat und zählte zu den ›Udkantsdanmark‹ (übersetzt etwa ›am Rand von Dänemark‹) genannten strukturschwachen ländlichen Räumen (vgl. Papazu 2018), als 1998 der damalige Bürgermeister gemeinsam mit zwei Planungsingenieuren aus der Region und dem Parlamentsabgeordneten eine Entscheidung traf: Sie reichten eine Bewerbung ein um Dänemarks »Insel der Erneuerbaren Energien« zu werden (vgl. PlanEnergie & Samsö Energiakademi 2007). Diese nationale Ausschreibung sollte eine Leuchtturmregion schaffen; einen Ort, an dem innerhalb von 10 Jahren ein vollständiger Umstieg auf erneuerbare Energieerzeugung erfolgen sollte und der fortan als Vorbild dienen könnte. Samsö gewann die Ausschreibung, die mit einer Vollzeitstelle für eine Person im lokalen Projektmanagement dotiert war (ebd.). Die Bewerbung umfasste einen »Masterplan«, den der Bürgermeister mit Unterstützung der Planungsingenieure erstellt hatte, und der zur Blaupause der Umsetzung herangezogen werden sollte (Papazu 2018). Das Vorhaben gelang. Seit 2010 basiert das Energiesystem von Samsö zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energien. Doch wie wurde aus dieser Geschichte ein inzwischen weit über die Landesgrenzen hinaus bekanntes Beispiel einer von Bürger:innen getriebenen und umgesetzten Energiesystemtransformation?

Auf der Insel befinden sich mehrere Gemeinden. Delibertiert wurde an allen Orten jeweils die Versorgung mit Strom, Wärme (oftmals auch aus Strom gewonnen) und Mobilität auf der Basis regional etablierter Erzeugungstechnologien. Dabei wurden in den Gemeinden auf Initiative des angestellten Projektmanagers Austauschformate etabliert, im Zuge derer sowohl in gemeinsamen Runden von Bürger:innen und Vertre-

ter:innen der lokalen Zivilgesellschaft – vornehmlich ehrenamtlich arbeitenden Ortsvorsteher:innen und Gemeinderät:innen, sowie ansässigen Vereinen oder Genossenschaften – als auch in begleitenden Einzelgesprächen die Optionen vor Ort eruiert, in die Umsetzung gebracht und bewertet wurden (Colell 2021: 203-208). »Meine Aufgabe ist es, Türen zu öffnen«, zitierte die lokale Zeitung im Jahr 1998 den Projektmanager der Insel (Samsö Posten 1998), der zwanzig Jahre später seine umfangreichen Bemühungen um den Austausch vor Ort lakonisch damit zusammenfasst, dass sie eine Menge Kaffee erfordert hätten (vgl. Papazu 2018). Was als launige Anekdote erzählt werden kann, transportiert zentrale Merkmale dieses deliberativen Prozesses: Verhandlungen vor Ort waren zeitaufwändig, kleinteilig und umfangreich (vgl. Colell 2021, ebd.). Sie hatten einen zutiefst sozialen, auf die formellen wie informellen Strukturen vor Ort zugeschnittenen Charakter. Expert:innenwissen zu technischen, organisatorischen und finanziellen Lösungen musste auf Augenhöhe mit Alltagswissen stehen (vgl. Lundén 2003). Es entstand so nicht nur der Eindruck von Gestaltungsfreiheit, sondern es wurden bedeutsame Entscheidungsräume eröffnet. Auch auf die Verhandlungsstrukturen wurde dabei Wert gelegt. Das Projektmanagement etablierte in den Gesprächsrunden einen *Sprecherstab*, um einzelnen Teilnehmer:innen das Rederecht zu erteilen, aber gleichzeitig von den anderen aktives Zuhören einzufordern. Mit einem gewissen Selbstbewusstsein wurde dieser auch bei einem Besuch des dänischen Königs genutzt: »The king could only speak if he had the stick,« erinnerte sich einer der Teilnehmenden in einem Interview, »he is no different from us« (Colell 2021: 143).

Das Ergebnis ist eine bunte Mischung unterschiedlicher Lösungen – von Stromerzeugung aus Wind und Sonne über Wärmegewinnung aus Solarthermie, Holzhackschnitzeln oder Stroh, die über eigene Nahwärmenetze verbreitet wird, bis hin zur Elektromobilität (Hermansen 2007). Die Umsetzung erfolgte in unterschiedlichen Eigentums- und Entscheidungsstrukturen, wobei manche Gemeinden eine bürgereigene Struktur bevorzugten, während andere auch Einzelinvestor:innen oder Energieunternehmen als Gesellschafter zuließen (Colell 2021: 11-12). Da die Umstellung insbesondere der individuellen Mobilität auf der Insel nicht vollständig möglich war, wurden zusätzliche Windanlagen gebaut, deren Energieeinspeisung rechnerisch als Ausgleich für die lokal durch Verbrennerfahrzeuge verursachten Emissionen diente. Delibertiert wurden folglich jeweils Technologien, Standorte sowie Besitz- und Betreiberstruktur der erneuerbaren Versorgung. Wenngleich der Masterplan als Blaupause zugrunde gelegt werden konnte, ging die Anzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen weit über das Notwendige hinaus. Unbeliebte Vorschläge konnten daher verworfen und durch andere ersetzt werden (Papazu 2018). Außerdem war der Masterplan zwar öffentlich, wurde jedoch nie als zentrales Planungsinstrument in den Vordergrund gestellt. Gleichzeitig zeigt dieser Prozess den großen individuellen Einsatz aller Beteiligten (Colell 2021: 217-221). Während der Projektmanager bezahlt wurde und nicht nur die einzelnen Prozesse begleiten, sondern auch die Umsetzung der Ziele für die Insel insgesamt im Blick behalten konnte, waren die sonstigen Teilnehmenden zumeist ehrenamtlich engagiert und unterstützten die Umsetzung des Energiesystemwandels oftmals auch mit individuellen finanziellen Investitionen (Lundén 2003).

Baden-Württemberg: Ein deliberatives Klimaschutzkonzept

Baden-Württemberg hat im Jahr 2013 ein Klimaschutzgesetz¹ verabschiedet und bei dem dazugehörigen Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) früh auf die Mitsprache von Bürger:innen gesetzt. Während das Klimaschutzgesetz die Treibhausgasminderungsziele für Baden-Württemberg verbindlich festlegt, wurden im IEKK konkrete Maßnahmen in den verschiedenen Sektoren (Energieversorgung, Privathaushalte, Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Verkehr, öffentlicher Sektor, Landwirtschaft und Forstwirtschaft/Landnutzung) ausbuchstabiert. Die Landesregierung erkannte damit an, dass sich die Herausforderungen einer neuen Energie- und Klimapolitik auf viele Lebensbereiche und gesellschaftliche Gruppen beziehen. Die Erfahrungen und Kenntnisse der Bürger:innen, aber auch von organisierten Interessensgruppen sollten in die Ausgestaltung des IEKK einfließen. Der Beteiligungsprozess hatte den zuvor durch die Landesregierung entwickelten Entwurf des IEKK als Diskussionsgegenstand. Dieser enthielt 110 Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung der Energie- und Klimaziele (vgl. Hilpert/Scheel 2020).

Die Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum IEKK (kurz BEKO) ging mit einem breit und divers angelegten Beteiligungskonzept von Dezember 2012 bis Februar 2013 weit über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinaus. Vier Formate mit jeweils unterschiedlichen Zielgruppen kamen dazu zum Einsatz (vgl. Beteiligungsportal Baden-Württemberg 2022):

- (1) vier Bürgertische zu den Themen Stromversorgung, Private Haushalte (2x) und Verkehr, an denen zufällig ausgeloste Bürger:innen deliberierten (bis zu 35 Bürger:innen pro Tisch),
- (2) ein fünfter, themenoffener Bürgertisch, an dem Bürger:innen, die sich eigeninitiativ für eine Teilnahme an der BEKO beworben hatten, debattierten,
- (3) eine Online-Plattform zur Beteiligung der interessierten Bevölkerung sowie
- (4) sieben Verbändetische (zu den Sektoren Energieversorgung, Private Haushalte, Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Verkehr, öffentlicher Sektor, Landwirtschaft und Forstwirtschaft/Landnutzung), an denen sich Vertreter:innen von Verbänden, Interessensgruppen und Organisationen einbringen konnten.

Eine weitere Besonderheit war, dass zwei Wochen nach den letzten Sitzungen der Bürger- und Verbändetische Vertreter:innen der jeweiligen Tische zu zwei gemeinsamen Reflexionssitzungen zusammenkamen, um mögliche gemeinsame Empfehlungen zu beraten und festzuhalten. Sowohl die Verabschiedung gemeinsamer Empfehlungen zum IEKK-Entwurf als auch die Kenntlichmachung begründeter Unterschiede war »für die Politik sehr hilfreich« (vgl. MUKW BW 2012: 14). Darüber hinaus zielte ein vorab ausgearbeitetes Moderationskonzept (vgl. Hilpert/Scheel 2020: 146) darauf ab, allen Anwesenden die Möglichkeit zu geben, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu bewerten, wichtige Diskussionspunkte herauszustellen sowie jede Stimme zu hören.

1 Baden-Württembergs Klimaschutzgesetz ist am 31. Juli 2013 in Kraft getreten. Im Jahr 2020 wurde es erstmalig weiterentwickelt und im Herbst 2021 um eine weitere Novelle ergänzt.

Insgesamt wurde das Beteiligungsangebot von 120 Vertreter:innen wichtiger Verbände und 180 Bürger:innen aktiv angenommen. Hinzu kommen 7.000 Personen, die die BEKO-Homepage genutzt und über 82.000 Maßnahmenbewertungen und Kommentare abgegeben haben. Nach der dreimonatigen Beratungszeit wurden im Mai 2013 insgesamt 1.000 Empfehlungen zu den Strategien und Maßnahmenvorschlägen an die zuständigen Landesministerien übergeben (Beteiligungsportal Baden-Württemberg 2022).

Knapp ein Drittel der Empfehlungen bestätigten überwiegend die Aussagen, Strategien oder Maßnahmen im IEKK-Entwurf. Knapp ein Viertel der BEKO-Empfehlungen wurden bei der Fortentwicklung des IEKK berücksichtigt oder flossen bei seiner späteren Umsetzung ein. Circa ein Drittel der Empfehlungen wurde nicht übernommen, wobei dies im Einzelnen begründet wurde. Im Jahr 2018 hat der IEKK-Beteiligungsprozess den Wettbewerb des Bundesumweltministeriums »Ausgezeichnet! Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung« gewonnen (MUKE BW2018).

Wissenschaft: Deliberative Transdisziplinarität

Auch in der Wissenschaft können deliberative Formate mit gesellschaftlichen Akteuren und/oder Bürger:innen eingesetzt werden, um bspw. die Anschlussfähigkeit wissenschaftlicher Forschung an laufende politische Prozesse oder gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu schärfen (vgl. Jahn 2008). Dieser Ansatz wurde in einer Kooperation im Rahmen des vom Bundesforschungsministerium finanzierten Projekts »Energiesysteme der Zukunft« verfolgt. Das interdisziplinäre Projekt wurde 2013 von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der Union der deutschen Akademien gestartet und von der Humboldt-Viadrina Governance Platform² durch das deliberative Dialogformat der sogenannten Trialoge begleitet. In den ganztägigen Diskussionsveranstaltungen tauschten sich die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des Projekts mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft aus (vgl. Schwan et al. 2019). Im Zentrum der Diskussion standen die interdisziplinären Fragestellungen der Arbeitsgruppen und deren Implikationen für die Gesellschaft ebenso wie gesellschaftliche Anliegen in Bezug auf das jeweilige Thema der Arbeitsgruppen. Themen waren bspw. Rohstoffbedarfe und -verfügbarkeiten in der Energiewende, Grundlagen und Implikationen der Sektorenkopplung oder auch die Governance der Europäischen Energieunion. In den Jahren 2015–2019 wurden insgesamt 11 Trialog-Veranstaltungen durchgeführt, an denen jeweils 45–80 Vertreter:innen relevanter Institutionen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft je nach Themenbereich kamen. Im Einladungsmanagement wurde darauf geachtet, dass der Anteil der einzelnen Stakeholdergruppen an der Gesamtzahl der Teilnehmenden möglichst ausgewogen ist (vgl. Humboldt-Viadrina Governance Platform 2019).

Ziel der Trialog-Veranstaltungen ist es, Verständigungsprozesse durch Perspektivenvielfalt zu bereichern und über die Verknüpfung und Begründung von Argumenten

2 Die Plattform heißt seit 2022 Berlin Governance Platform.

Grundkonsense zu erarbeiten. Das Veranstaltungskonzept sowie die Moderation ist dabei so angelegt, dass jede:r Anwesende zu Wort kommt und die Wortbeiträge nicht nur als eigene Meinung formuliert, sondern sich auf Vorredner:innen bezieht und den eigenen Standpunkt argumentativ begründet (Schwan 2015: 22).

An der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft wurde mit den transdisziplinär angelegten Trialogen die wissenschaftlich-analytische Betrachtung stärker mit gesellschaftlichem Erfahrungswissen und gesellschaftlich-politischen Entscheidungs- und Problemlösungsprozessen zusammengebracht. Dies bot den wissenschaftlichen Arbeitsgruppen die Möglichkeit, in einem vergleichsweise kleinen und vertraulichen Rahmen ihre (Zwischen-)Ergebnisse methodisch reflektiert mit Vertreter:innen der Gesellschaft, die zugleich Träger:innen von Praxiswissen sind, ganztägig zu diskutieren (Schwan et al. 2019: 8). Durch die transdisziplinären Trialoge konnten neue Herangehensweisen an wissenschaftliche Themen eröffnet, weitere Forschungsbedarfe aufgedeckt und neues Wissen durch Verständigung generiert werden. In den im Anschluss an die jeweiligen Trialoge durchgeführten anonymen Evaluationen bestätigte die Mehrheit, dass sie neue Argumente und Sichtweisen auf das Thema kennengelernt hatte. »Vor allem, dass es nicht immer Entweder-oder heißen muss, sondern auch Sowohl-als-auch.« (Teilnehmer Trialog Evaluation³). Gleichzeitig wurde die verfügbare Wissensbasis auch für Vertreter:innen der Gesellschaft vertieft und damit das gesellschaftliche Handlungsvermögen gesteigert. Langfristig trägt ein gesellschaftlich robustes Wissen insbesondere bei der Energiewende dazu bei, dass wichtige anstehende Entscheidungen von einer informierten Gesellschaft mitgetragen (Jahn 2008: 25) und entsprechende Politiken nachhaltig gestaltet werden können. Als Ergebnis der einzelnen Veranstaltungen gab es neben dem Verständigungsprozess auf der Trialog-Veranstaltung selbst und der Etablierung eines vertraulichen Netzwerkes jeweils einen Bericht, in dem über die systematische Auswertung der Diskussionstranskripte essenzielle Fragestellungen, Argumente und Begründungen sowie Grundkonsense herausgearbeitet wurden. Die Berichte sind für die Öffentlichkeit auf der Website der Humboldt-Viadrina Governance Plattform⁴ abrufbar.

Diskussion: Chancen und Grenzen deliberativer Methoden bei gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen

Die Beispiele zeigen, dass eine der größten Stärken der deliberativen Methode ihre Flexibilität ist: sie kann in unterschiedlichen Kontexten und zu unterschiedlichen (Zukunfts-)Fragen angewandt werden. Themen mit Bezug zu Transformations- und Veränderungsprozessen wie etwa der Ausbau von Infrastrukturen oder die Nutzung von öffentlichen Flächen eignen sich besonders, da hier unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Wandel aufeinandertreffen. Der Zeitpunkt

3 Zitat aus dem nicht-öffentlichen Abschlussbericht an das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

4 www.governance-platform.org

der Beteiligung sollte so gewählt werden, dass die Ergebnisse noch eine Wirkung erzielen können. Die Dauer des Prozesses und die Anzahl der Treffen kann je nach Kontext variieren: In Rostock z.B. wurden zwei Workshops innerhalb eines Jahres durchgeführt – auf Samsö fanden zahlreiche Treffen zu einer Vielzahl von Entscheidungen über viele Jahre hinweg statt. Jedoch sollte das Thema konkret genug sein, dass es innerhalb der voraussichtlichen Dauer des Prozesses bearbeitet werden kann.

Eine weitere Stärke ist die Maßgabe möglichst gut begründeter Positionen, wenn die Akteure miteinander deliberieren. Diese ermöglicht eine gegenseitige Verständigung und eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen. Dass nicht nur fachliche, sondern auch lebensweltliche Gründe anerkannt und respektiert werden, schafft eine wichtige Beziehungsebene und steigert die Identifikation mit dem Ergebnis.

Deliberation muss ergebnisoffen sein: Es steht nicht bereits vorher fest, was das Ergebnis des Prozesses sein wird. Ein informell kommuniziertes Wunschergebnis durch den Auftraggeber ist bspw. ein klarer Verstoß. Dieses Kriterium bedeutet jedoch nicht, dass keinerlei politische Zielrichtungen oder Rahmenbedingungen berücksichtigt werden dürfen. Im Gegenteil: um zu wirken, sollte Deliberation den politischen Kontext und bestehende rechtliche und normative Rahmenbedingungen aufgreifen. Wenn der Rahmen der politischen Ziele bereits klar ist, z.B. durch das Pariser Klimaabkommen, und eine Zielrichtung von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird – z.B. die Energiewende in Deutschland – stellt sich nicht die *Ob-Frage*, sondern es steht die Klärung von *Wie-Fragen* an: »Wie soll diese Energiewende aussehen? Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Wie kommen wir da als Gesellschaft hin?«. Die vier Beispiele zeigen: es ist kein Widerspruch, dass Ziele vorgegeben werden und sich trotzdem ein starkes Identifikationsgefühl mit den betreffenden Vorhaben (*ownership*) entwickelt. Dies ist nur möglich, wenn trotz der Vorgaben noch genug Raum für neue Ideen und Impulse während des Prozesses besteht. In Rostock waren z.B. auch Vorschläge für ein zusätzliches Szenario möglich. In den Veranstaltungen des Trialogs waren Themen und Fragestellungen gesetzt, die Teilnehmenden waren aber frei in ihrer Reflexion.

Der Fallvergleich zeigt, dass Deliberation als Methode trotz anspruchsvollen Design-Prinzipien in unterschiedlichen Kontexten erfolgreich anwendbar sein kann. Für die zukünftige Anwendung der Methode im Rahmen der Klima- und Nachhaltigkeitskrise stellt sich die Frage, welche Prinzipien und Faktoren den Erfolg einer Deliberation besonders befördern.

Gibt es ein Erfolgsrezept?

Deliberation hat das Potenzial, Entscheidungsprozesse integrativer zu gestalten und das Verständnis für und die Umsetzung von getroffenen Entscheidungen zu verbessern. Sie hat jedoch auch ihre Grenzen – etwa in der Höchstzahl der Teilnehmer:innen, die ein gemeinsames Diskutieren und Abwägen gerade noch erlaubt. Zudem hängt eine erfolgreiche Umsetzung maßgeblich mit der methodischen Qualität zusammen. Wenn der Rahmen nicht stimmt bzw. die Erwartungen weit auseinanderliegen, kann es zu Frustration kommen. Wird die Deliberation jedoch in Entscheidungsprozesse eingebettet sowie professionell geplant und moderiert, ist sie eine vielversprechende Methode für die Bewältigung von Krisen und wichtigen Zukunftsfragen. Die vier Fälle mit

Tabelle 1: Übersicht über die vier Fälle

	Rostock: Stadtplanung	Samsö: Energieerzeugung	Baden- Württembergs: Klimaschutzkonzept	Wissenschaft: Trialoge
Anlass der Deliberation	Bau neuen Wohnraums	Umstieg auf Erneuerbare Energien	Verbesserte Klimaschutzplanung	Verbesserte Anschlussfähigkeit von Forschung zur Energiewende
Initiierung	Bürgermeister	Bürgermeister (+ Förderprojekt)	Landesverwaltung	Organisierte Zivilgesellschaft mit akademischen Institutionen
Zielgruppe	Bürger:innen	Bürger:innen und Verbände	Bürger:innen und Verbände	Politik, Unternehmen, organisierte Zivilgesellschaft
Dauer	Ca. 1 Jahr	10 Jahre (davon 1-2 Jahre für die Planung)	14 Monate	Eintägige Veranstaltungen über die Dauer von 4 Jahren
Anzahl der über Online-Beiträge Beteiligten	1.260 Personen	-	7.000 Personen	-
Mitarbeit in Treffen	zwei Workshops; je ca. 200 Personen	5 Gemeinden der Insel Samsö	180 Bürger:innen, 120 Verbändevertreter:- innen, insg. 15 themenfokussierte Treffen	11 Treffen; je 45-80 Personen
Outcome	Empfehlungen für Bebauungsplan	Dezentrale Umsetzung der Energiewende auf Samsö	1.000 Empfehlungen zu den Strategien und Maßnahmenvor- schlägen	Publikation zum jeweiligen Trialog, Netzwerk von Fachleuten

ihren unterschiedlichen Kontexten geben Hinweise auf ein Erfolgsrezept für gute Deliberation.

1. Einbettung und Impact

Von zentraler Wichtigkeit ist die institutionelle Einbettung. So können die Organisator:innen der Deliberation sicherstellen, dass deren Ergebnisse auch in den Entscheidungsfindungsprozess einfließen. In den aufgeführten Beispielen hat die Deliberation bspw. auf lokaler Ebene für eine gemeinsame Stadtplanung mit Bürger:innen gesorgt oder auf Landesebene ermöglicht, dass Bürger:innen und Verbändevertreter:innen in die Beratungen zur strategischen Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik einbezogen wurden. Die Glaubhaftigkeit der Anbindung an die Umsetzung von Maßnahmen in

dem bearbeiteten Feld kann dabei mit der Entscheidungsebene variieren, allerdings ist die räumliche Nähe zwischen den Deliberierenden und dem zu deliberierenden Thema allein noch kein Erfolgsgarant. Vorab sollte eine Vereinbarung getroffen werden, in der sich die betreffende politische Institution selbst dazu verpflichtet, sich mit den Ergebnissen der Deliberation auseinanderzusetzen und im Anschluss innerhalb eines spezifischen Zeitrahmens differenziert dazu Stellung zu nehmen.

2. Qualität der Deliberation: Auswahl der Teilnehmenden, Moderation, Informationen und Transparenz, Visualisierung und Kommunikation

Die Auswahl der Teilnehmenden wird maßgeblich durch die institutionelle Anbindung mitbestimmt. In Rostock und auf Samsö betraf die zu deliberierende Fragestellung die lokale Bevölkerung, die deshalb möglichst umfangreich mobilisiert werden sollte. Dazu wurden auf unterschiedlichen Kanälen Menschen angesprochen, Multiplikatoren wie Vereine oder lokale Organisationen aktiviert und im Fall von Samsö auch vor Ort ansässige Unternehmen und Einzelpersonen gezielt adressiert. Ziel war keine repräsentative Abbildung der lokalen Bevölkerung, sondern eine möglichst weitreichende Beteiligung. Bei deliberativen Formaten, deren Anspruch auf eine gesellschaftliche Reflexion von Fragestellungen zielt, ist wiederum eine zufällige, ggf. auch im Sinne der Zielstellung quotierte Auswahl der Teilnehmenden wie in Baden-Württemberg vorzuziehen. Dabei ist zu beachten, dass zur Erreichung einer Quotierung je nach Themenstellung und Region unter Umständen eine überproportionale Ansprache einzelner Bevölkerungsgruppen notwendig sein kann, um in der Gesamtzusammensetzung einen repräsentativen Anteil der Teilnehmenden zu erreichen. Stakeholder können auch gezielt eingeladen werden. Auswahlprozess und Teilnehmendenansprache hängen folglich eng mit der Zielstellung des Prozesses zusammen.

Eine Moderation, die mit den Grundprinzipien der Deliberation vertraut ist, hilft den Teilnehmenden im Idealfall dabei, ihre Beiträge zu strukturieren und das neu entstehende Wissen zu organisieren, um dadurch die Qualität von Beteiligung zu verbessern (vgl. Friess 2021). Unterschiedliche Machtpositionen sollten außerdem von der Moderation reflektiert werden. Die vier Fälle haben gezeigt, dass gleichberechtigte Redeanteile sich durch klare Moderationsregeln und anschauliche Methoden (z.B. den Sprecherstab) erfolgreich umsetzen lassen (vgl. Colell 2021).

Durch gezieltes Nachfragen kann eine tiefere Gesprächs- und Verständigungsebene erreicht werden, so dass sich gemeinsame Wertvorstellungen im Austausch entwickeln können. Bei gemischten Formaten mit Bürger:innen und Stakeholdern (z.B. in Samsö, Baden-Württemberg und Wissenschaft im Trialog) ist es Aufgabe der Moderation, Partikularinteressen in der Diskussion nicht dominant werden zu lassen.

Deliberation braucht bestmöglich informierte Teilnehmende. Dies erfordert auch eine gute Wissenschaftskommunikation durch beteiligte Expert:innen bzw. das Projektteam. In den Trialogen wurde bspw. zur Vorbereitung den Teilnehmenden vorab ein knappes Dossier zum Stand der wissenschaftlichen Debatte zum zu diskutierenden Thema zugesandt; am Tag der Veranstaltung wurde dann vor Ort durch drei kurze Impulse aus je einer Stakeholdergruppe (Politik, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft) die Diskussion angeregt. Die Visualisierung von Wissen kann ebenfalls hilfreich

sein und ist dabei nicht auf Expert:innenwissen beschränkt – insbesondere im Rahmen einer expliziten Einbeziehung der Werteebene in deliberative Prozesse. So wurde beispielsweise in Samsö nach einigen Monaten des Deliberierens in den verschiedenen Gemeinden vom Gesamtprojektmanagement in der inselweiten Zeitung zu einem übergreifenden Treffen eingeladen, wobei die Bürger:innen zuvor gebeten wurden, ihren persönlichen »Traum für Samsös Zukunft« einzuschicken. Diese Vorstellungen wurden dann im Rahmen einer begehbaren Ausstellung aufbereitet, die bei dem Treffen als Gesprächsanlass und Basis der gemeindeübergreifenden Verhandlung von Zielstellungen diente.

3. Skalierbarkeit und Repräsentativität

Aufgrund der begrenzten Teilnehmendenanzahl wird häufig die Repräsentativität der Ergebnisse einer Deliberation hinterfragt. Deliberative Methoden sind dabei konzeptionell von Methoden der Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsschichtprobe zu unterscheiden. Letztere lassen quantifizierbare Aussagen darüber zu, wie eine entsprechend ausgewählte Stichprobe Fragestellungen zu einem bestimmten Zeitpunkt beantwortet – typischerweise ohne, dass die Befragten informiert miteinander interagiert haben. Deliberative Methoden geben hingegen Aufschluss darüber, wie eine bestimmte Gruppe Fragestellungen verhandelt, bspw. welche Punkte aus gesellschaftlicher Sicht wesentlich sind und im weiteren Entscheidungsprozess beachtet werden sollten. Eine Deliberation, die verknüpft ist mit einem politischen Entscheidungsprozess, soll diesen ja nicht ersetzen, sondern vielmehr beraten. Deliberative Methoden unterstreichen den prozeduralen Charakter der öffentlichen Meinungsbildung und arbeiten proaktiv mit der Annahme, dass individuelle und gesellschaftliche Einstellungen nicht statisch sind, sondern Ergebnisse von Verhandlung und Erleben.

4. Komplexität der zu deliberierenden Inhalte

Mit Blick auf die Auswahl der zu behandelnden Themen stellt sich häufig die Frage nach der Kompetenz der Beteiligten – insbesondere hinsichtlich nichtfachlichen Wissens im jeweiligen Kontext. Dabei ist zunächst darauf zu verweisen, dass deliberative Methoden typischerweise gerade dann Anwendung finden, wenn unterschiedliche Wissensformen zusammengebracht werden sollen. Begriffe wie »Alltagsexpert:innen« für beteiligte Bürger:innen unterstreichen ein nichthierarchisches Verständnis der Wissensformen. Die Legitimierung der Teilnahme ist folglich gerade keine Funktion einer spezifischen fachlichen Eignung. Eine übertriebene Reduktion der Komplexität der Inhalte birgt vielmehr die Gefahr, Aushandlungsprozesse zu verzerren – bspw. durch eine vereinfachte Gegenüberstellung von Optionen statt der Herausarbeitung von verschiedenen Zusammenhängen (etwa bei Klimaschutzmaßnahmen, Gesundheit, Artenschutz, Energieversorgung etc.).

Dennoch stellt das Aushandeln von Lösungsoptionen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen bzw. sich überlagernde Problemstellungen (wie bspw. im Fall der Energiewende) hohe inhaltliche Ansprüche an die Beteiligten. Klimaschutzhandeln wird in der Literatur als Lösung für sogenannte *wicked problems* diskutiert (vgl. Head 2008). *Wicked problems* können eine Vielzahl überlappender Frage- und Zielstellungen

umfassen, deren Auflösung ggf. auch in ungünstigem Verhältnis zueinander steht – insbesondere, weil Handeln und Wirkung dabei oft zeitlich und/oder räumlich auseinanderfallen: Notwendige Einschränkungen in der Gegenwart werden gegebenenfalls erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt positiv erlebbar, oder aber sie haben positive Folgen für Menschen an anderen Orten ohne persönlichen Bezug zu den sich Einschränkenden (vgl. ebd.).

Fazit

Angesichts der Komplexität und Dringlichkeit der Klimakrise – und weiterer Krisen – stehen wir bereits mitten in einer gesellschaftlichen Transformation. Deliberation leistet bereits jetzt einen wichtigen *methodischen* Beitrag dazu, indem sie kommunikative Räume für Verständigung in unterschiedlichen Kontexten schafft. Dabei werden deliberative Formate zunehmend auch von wissenschaftlicher Seite initiiert. Gegenwärtige Anwendungsbeispiele sind auf lokaler Ebene das Projekt »Wald Brandenburg« (vgl. Projekt Wald Brandenburg 2022) oder auf nationaler Ebene das Kopernikus-Projekt ARIADNE (vgl. Blum et al. 2021; ARIADNE o.J.). In beiden Projekten wird der deliberative Prozess durch eine Begleitforschung erfasst und evaluiert, die künftig weiteren Aufschluss auch zu methodischen Innovationen geben kann. Die normative Theorie definiert Bedingungen für gute Deliberation. Darüber hinaus zeigen unsere Beispiele, dass eine institutionelle Einbettung, eine hohe Qualität der Umsetzung und die Kombination aus Vorgaben und Ownership ein Erfolgsrezept für gelungene Prozesse sind. Der besondere Mehrwert der Deliberation besteht in einer Annäherung von heterogenen Wertvorstellungen und Normen entlang einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage.

Um den gesellschaftlichen Wandel tragfähig und in der Krise angemessen zu gestalten, bedarf es eines Mainstreamings an Beteiligung, welche Bürger:innen als verantwortungsvolle und wissensstarke Akteure einbezieht und ernst nimmt, auf allen Ebenen. Deliberative Methoden können hierbei helfen. Einerseits legen sie durch das Einfordern von begründeten Positionen Ziel- und Wertkonflikte offen und ermöglichen so Perspektivwechsel. Andererseits können sie die Legitimität von Entscheidungsfindungsprozessen erhöhen und die Verhandlung von Verantwortung erleichtern. Deliberative Methoden betonen konzeptionell den nicht-statischen Charakter der gesellschaftlichen Meinungsbildung. Fragestellungen werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich bewertet, was das Verständnis dafür schärft, dass auch Entscheidungsgrundlagen der Veränderung unterliegen. So kann ein anderes Verständnis für Fehlentscheidungen und ihre zeitnahe Korrektur in politischen Entscheidungsfindungsprozessen angesichts großer Unsicherheiten unterstützt werden.

Literatur und Quellen

ARIADNE (o.J.): Bürgerdeliberation. Online verfügbar unter: <https://ariadneprojekt.de/buergerdeliberation/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.

- Bertelsmann Stiftung (2017): Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/buergerbeteiligung-mit-zufallsauswahl>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Bertelsmann Stiftung (2022): Erschöpfte Gesellschaft. Auswirkungen von 24 Monate Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Umfrage Februar 2022. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/umfrage-februar-2022-erschoepfte-gesellschaft-all>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Beteiligungsportal Baden-Württemberg (2022): Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept. Online verfügbar unter: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/projekte-und-berichte/lp-15/beko/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Bürgerrat Demokratie (2022): So funktionierte das Losverfahren. Online verfügbar unter: <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/losverfahren/so-funktionierte-das-losverfahren/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Blum, Mareike/Colell, Arwen/Hoffmann, Julia/Karohs, Karoline/Kowarsch, Martin/Krude, Maren/Saur, Miriam/Thiel, Holger (2021): Was ist uns wichtig bei der Verkehrs- und Stromwende? Bürgerinnen und Bürger sprechen über Herausforderungen und Ziele. Ariadne-Report. Online verfügbar unter: https://ariadneprojekt.de/media/2021/02/2021_Februar_Ariadne-Report_Fokusgruppen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Colell, Arwen (2021): Alternating Current. Social Innovation in Community Energy, Wiesbaden: Springer VS.
- Curato, Nicole/Dryzek, John S./Ercan, Selen A., Hendriks/Carolyn M./Niemeyer, Simon (2017): »Twelve Key Findings in Deliberative Democracy Research«, in: *Daedalus* 146 (3), S. 28-38. https://doi.org/10.1162/DAED_a_00444.
- Dahl, Robert A (2008): *Democracy and Its Critics*, New Haven: Yale University Press.
- Dryzek, John/Niemeyer, Simon (2019): »Deliberative democracy and climate governance«, in: *Nature Human Behaviour* 3(5), S. 411-413. <https://doi.org/10.1038/s41562-019-0591-9>.
- Dryzek, John S./Bächtiger, André/Chambers, Simone/Cohen, Joshua/Druckman, James N./Felicetti, Andrea, Fishkin, James S./Farrell, David M./Fung, Archon/Gutmann, Amy/Landemore, Hélène/Mansbridge, Jane/Marien, Sofie/Neblo, Michael A./Niemeyer, Simon/Setälä, Maija/Slothuus, Rune/Suiter, Jane/Thompson, Dennis/Warren, Mark E. (2019): »The crisis of democracy and the science of deliberation«, in: *Science* 363(6432), S. 1144-46. <https://doi.org/10.1126/science.aaw2694>.
- Frieß, Dennis (2021): Deliberation als anspruchsvolle Form von Öffentlichkeitsbeteiligung. in: Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Thorben (Hg.): *Politische Partizipation, Kommunale Politik und Verwaltung*, . Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 113-29.
- Fischer, Frank (2009): *Democracy And Expertise: Reorienting Policy Inquiry*. Oxford: Oxford University Press.
- Freudl, Rebecca-Lea/Haus, Juliane/Straßheim, Holger (2021): Verbraucherpolitik im Nexus, in: Bala, Christian/Schuldzinski, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch Konsum & Verbraucherwissenschaften*, Düsseldorf: Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.

- Goodin, Robert E./Dryzek, John S. (2016): »Deliberative Impacts. The Macro-Political Uptake of Mini-Publics«, in: *Politics & Society* 34, S. 219-244.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Hansestadt Rostock (2019a): Protokoll zum Zukunfts-Workshop. 29.01.2019. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/rostockMediathekMaterialien%2F29.01.2019_Protokoll_des_Ergebnisforums.pdf?alt=media&token=f340b3ec-9fa5-4c14-bd3e-odf4d94a4245. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hansestadt Rostock (2019b): Protokoll Forum Innenentwicklung NordWest. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/2020.02%2F20191121_Protokoll_Forum%20Innenentwicklung_NordWest.pdf?alt=media&token=538510d2-718f-431a-ado6-2d1010705349. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hansestadt Rostock (2019c): Protokoll Forum Innenentwicklung Mitte. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/2020.02%2F20191126_Protokoll_Forum%20Innenentwicklung_Mitte.pdf?alt=media&token=d4de104c-35c4-4b16-9dc3-5879e58c43a9. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hansestadt Rostock (2019d): Protokoll Forum Innenentwicklung NordOst. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/2020.02%2F20191127_Protokoll_Forum%20Innenentwicklung_NordOst.pdf?alt=media&token=3d16c1e8-10a5-4665-8baf-515b2ad60292. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Head, Brian (2008): *Wicked Problems in Public Policy*, in: *Public Policy* 3 (2), S. 101-118.
- Hermansen, Sören (2007): *Samsø, a Renewable Energy Island: 10 Years of Development and Evaluation. 10 year report. Samsø: Vedvarende Energi-Ö: 10 ars Udvikling og Evluering (10 ars rapport)*. Online verfügbar unter: <http://arkiv.energiinstitutet.dk/101/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hilpert, Jörg-Marco/Scheel, Oliver (2020): »Climate change policies designed by stakeholder and public participation«, in: Renn, Ortwin/Ulmer, Frank/Deckert, Anne (Hg.): *The Role of Public Participation in Energy Transition*, London u.a.: Academic Press, S. 139-160. <https://doi.org/10.1016/C2018-0-02096-4>.
- Humboldt-Viadrina Governance Platform (2019): Trialog-Reihe in Kooperation mit dem Akademienprojekt »Energiesysteme der Zukunft« (ESYS) (2015 – 2019). Online verfügbar unter: <https://www.governance-platform.org/trialoge/energie/wende/esys-i/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Jahn, Thomas (2008): »Transdisziplinarität in der Forschungspraxis«, in: Bergmann, Matthias/Schramm, Engelbert (Hg.): *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 21-37.

- Jasanoff, Sheila (2016): *A Century of Reason: Experts and Citizens in the Administrative State*. In *The Progressives Century*. Yale University Press. <https://doi.org/10.12987/yale/9780300204841.003.0018>.
- Kenter, Jasper O./Reed, Mark S./Fazey, Ioan (2016): »The Deliberative Value Formation Model«, in: *Ecosystem Services* 21, S. 194-207. doi: 10.1016/j.ecoser.2016.09.015.
- Kowarsch, Martin/Garard, Jennifer/Rioussel, Pauline/Lenzi, Dominic/Dorsch, Marcel J./Knopf, Brigitte/Harris, Jan-Albrecht/Edenhofer, Ottmar (2016): *Scientific assessments to facilitate deliberative policy learning*. Palgrave Communications 2(1), S. 1-20. <https://doi.org/10.1057/palcomms.2016.9>.
- Landwehr, Claudia (2012): »Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation«, in: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355-385. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94161-5_12
- Lundén, Malene Anniki (2003): *Vingesus Whisper of Wings*, Aarhus: OVE.
- MUKE BW, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2012): *Wir gehen neue Wege! Gehen Sie mit!* Online verfügbar unter (: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdateien/202/Anlage_IEKK_und_BEKO.pdf. Zuletzt aufgerufen am 29.07.2022.
- MUKE BW, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2018): *Vorbildliche Bürgerbeteiligung*. Online verfügbar unter: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/vorbildliche-buergerbeteiligung/>. Zuletzt aufgerufen am 29.07.2022.
- Papazu, Irina (2018): »Storifying Samsö's Renewable Energy Transition«, in: *Science as Culture* 27(2), S. 198-220.
- Projekt Wald Brandenburg (2022): *Beratungs- und Beteiligungsprozess zum Biesenthaler Stadtwald 2021-22*. Einführende Übersicht für die SVV. Online verfügbar unter: <https://www.civilog.de/waldbrandenburg/projekt>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Plan Energi/Samsö Energiakademi (2007): *Samsö – a Renewable Energy Island. 10 Years of Development and Evaluation*. Online verfügbar unter: <https://sallan.org/pdf-docs/Samso.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 31.08.2022.
- Rostock-Heute (2018): *Stadtdialog Zukunftsplan – Rostock probt die Bürgerbeteiligung*, 06.04.2018. Online verfügbar unter: <https://www.rostock-heute.de/zukunftsplan-flaechennutzungsplan-stadtdialog-workshop/99067>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Samsö Posten (1998): *Min opgave er at åbne dørene*. (Meine Aufgabe ist es Türen zu öffnen.) Samsö Posten 237, 3.10.1998. Online verfügbar unter: <http://arkiv.energieinstituttet.dk/187/>. Zuletzt aufgerufen am 21.3.2016.
- Schwan, Gesine/Treichel, Katja/Höh, Anne (2019): »2050 CO₂-neutral: Das Energiesystem wird umgekrempelt. Was bedeutet das für unseren zukünftigen Alltag?« Bericht ETR/01-2019 zum Trialog vom 22. Februar 2019. Online verfügbar unter: https://www.governance-platform.org/wp-content/uploads/2019/07/HVGP_ESYS_Bericht_Trialog_2050_CO2-neutral.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Schwan, Gesine (2015): *Triologe als Beitrag zu Good Governance, Essay zum einjährigen Bestehen der Humboldt-Viadrina Governance Platform*. Online verfügbar un-

ter: https://www.governance-platform.org/wp-content/uploads/2017/02/HVGP_Trialoge_Essay.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.

Thompson, Dennis/Gutmann, Amy (2004): *Why Deliberative Democracy?* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Zukunftsplan Rostock (o.J.): Projektwebsite. Online verfügbar unter: <https://zukunftsplan-rostock.de/übersicht>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.

